

Veröffentlichung: ja

Besprechung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 04./05.05.2010

4. Einführung des Tätigkeitsschlüssels 2010;
hier: Informationen über den aktuellen Sachstand

In der Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 08./09.09.2009 wurde der Einführung des Tätigkeitsschlüssels 2010 zugestimmt; die erforderlichen Anpassungen in den Gemeinsamen Grundsätzen für die Datenerfassung und Datenübermittlung zur Sozialversicherung nach § 28b Absatz 2 Viertes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV), im gemeinsamen Rundschreiben „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ sind vorgenommen sowie in der Anlage 5 vorbereitet. Demnach ist der neue Tätigkeitsschlüssel 2010 spätestens bei den Meldungen, die im Meldezeitraum den Zeitpunkt 01.12.2011 berühren, anzuwenden.

Mit Schreiben vom 22.12.2009 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Gemeinsamen Grundsätze für die Datenerfassung und Datenübermittlung zur Sozialversicherung nach § 28b Absatz 2 SGB IV mit der Maßgabe genehmigt, dass „eine flächendeckende Auslieferung der maschinellen Unterstützung für die Umstellung auf den neuen Tätigkeitsschlüssel noch im Frühjahr 2010“ erfolgen müsste, um den genannten Einsatzzeitpunkt zu realisieren.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat die Arbeitsgruppe zum Tätigkeitsschlüssel 2010 in der letzter Sitzung am 22.04.2010 in Frankfurt am Main ausführlich darüber informiert, wie der Auflage des BMAS entsprochen werden kann.

Die BA hat hierfür Umstellungshilfen und Verfahrensmodelle erarbeitet, die von den Softwareerstellern in die Jahresend-Versionen 2010 integriert und an die Arbeitgeber ausgeliefert werden können. Der für die Softwareersteller und Arbeitgeber zur Vorbereitung zur Verfügung stehende Zeitraum wird von der BA unverändert als ausreichend erachtet.

Das Verfahrensmodell und die Umstellungshilfen orientieren sich an folgenden vier Leitlinien:

1. Die Herbeiziehung von Personalakten und Befragung von Beschäftigten ist soweit wie möglich zu vermeiden.
2. Das Ausmaß elektronisch unterstützter Umstellungen ist zu maximieren.
3. Es werden effiziente Umstellungsmöglichkeiten und Lösungen aufgezeigt.
4. Die Software wird so programmiert, dass Anpassungen an die spezifischen Gegebenheiten einzelner Arbeitgeber möglich sind.

Der neue Tätigkeitsschlüssel setzt sich aus fünf einzelnen Schlüsseln zusammen. Unter Inkaufnahme statistischer Einschränkungen in einer Übergangszeit schafft die BA die Voraussetzungen, zwei dieser fünf Schlüssel komplett elektronisch aus dem alten Tätigkeitsschlüssel zu generieren (schulische und berufliche Ausbildung).

Bei dem Schlüssel „ausgeübter Beruf“ werden etwa 5 % der Beschäftigungsfälle elektronisch umgestellt. Bei den verbleibenden Beschäftigungsfällen sieht das Verfahrensmodell der BA vor, dass einmalig eine firmenspezifische Liste der Tätigkeiten nach der neuen Berufeklassifikation generiert wird und anschließend die bisher gemeldeten 3-Steller automatisch für alle Beschäftigten umgestellt werden. Hierfür stellt die BA den Softwareerstellern eine umfangreiche Umstellungstabelle zur Verfügung. Beispielhaft sei ein Automobilbauer genannt, der bisher etwa 80 unterschiedliche 3-Steller (dahinter können sich viele hundert Berufsbilder verbergen) meldet. Einmalig muss jedem dieser 3-Steller der in der Firma vorkommende 5-Steller zugeordnet werden. Die Software stellt anschließend alle Beschäftigten automatisch auf den korrekten 5-Steller um.

Auch der Schlüssel „Arbeitnehmerüberlassung“ ist unkritisch. Von einer unterschiedlichen Kennzeichnung der Beschäftigten ist weniger als 1 Prozent der Arbeitgeber betroffen, die unter das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz fallen. Sie müssen ihr Personal nach Stammpersonal und überlassenen Arbeitkräften unterschiedlich verschlüsseln. Bei allen anderen etwa 2 Millionen Betrieben kann in der Software einmalig die Grundeinstellung „Arbeitnehmerüberlassung – nein = Schlüsselzahl 1“ vorgenommen werden.

Bei dem letzten Schlüssel zur Vertragsform handelt es sich um einen Kombinationsschlüssel, in dem der Umfang der Arbeitszeit und die Befristung verschlüsselt werden. Die Teilinformation zum Umfang der Arbeitszeit ist bereits im alten

Tätigkeitsschlüssel enthalten und braucht daher nicht erhoben zu werden. Die Befristung wird bisher zwar nicht verschlüsselt, sollte aber in der Regel in den Entgeltabrechnungsprogrammen enthalten sein, so dass sich diese Teilinformation ebenfalls aus den bereits gespeicherten Daten ableiten lässt.

Alle relevanten Unterlagen (Beschreibungen, Dateien, Präsentationen) wurden einem von der Informationstechnischen Servicestelle der gesetzlichen Krankenversicherung GmbH (ITSG) in Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft der Personalabrechnungs-Software-Ersteller (ArGe Perser) ausgewählten Vertreterkreis am 30.04.2010 zur Verfügung gestellt.

Eine Zusammenfassung der Informationen ist als Anlage beigefügt.

Anlässlich der GKV-Info-Shops im September 2010 und September 2011 bestehen weitere Möglichkeiten zum Informationsaustausch mit den Softwareerstellern.

Die Umstellungshilfen werden es aus Sicht der BA ermöglichen, dass es in einem großen Teil der Umstellungsfälle nicht notwendig sein wird, die Personalakte zu öffnen oder den Mitarbeiter zu befragen.

Die Teilnehmer nehmen die Ausführungen zur Kenntnis. Mit der Bereitstellung der Unterlagen ab 30.04.2010 ist nach jetzigem Kenntnisstand die Auflage des BMAS umgesetzt worden.

Das weitere Vorgehen wird sich an dem Votum der Arbeitgebervertreter orientieren, inwieweit die Umstellungshilfen ein adäquates Mittel darstellen, den neuen Tätigkeitsschlüssel 2010 ab 01.12.2011 umzusetzen.

Anlage

